

Unioncorn

Das LSU-Magazin aus Niedersachsen



LSU



M A I 2 0 2 2

WERTE-

FUNDAMENT



Moin!

Wir von der LSU haben mit unserem Newsletter eine kleine Pause eingelegt. Nun aber, in turbulenten Zeiten und pünktlich zum Wahlkampf in Niedersachsen, sind wir wieder da.

Seit nunmehr über neun Wochen tobt in Europa ein an Brutalität immer noch mehr zunehmender Krieg. Ausgelöst von einem Aggressor, der schon lange ein Wolf war, dessen Schafspelz aber viel zu lange für seine wahre Erscheinungsform genommen wurde – in der nachvollziehbaren Hoffnung, ihn auf diese Weise freundlich zu stimmen: Der russische Präsident Wladimir Putin. Nun verbieten sich historische Analogien schon aus Gründen der Seriosität. Dass man aber mit lupenreinen Diktatoren – zumal aus einer mangelnden Position der Stärke heraus – nur schwer verhandeln kann und mit Zugeständnissen nur selten ihren geopolitischen Hunger stillt, scheint mir doch eine Erkenntnis zu sein, die aus der Geschichte zu gewinnen eine gewisse Berechtigung hat.

„Zeitenwende“ also? Es geht jedenfalls um mehr, als einen Krieg am östlichen Rand Europas. Es geht um die Europäische Union und ihre künftige Rolle – wirtschaftlich, aber auch militärisch. Es geht nicht nur um Geld. Es geht um mehr als nur die in Deutschland so beliebte „Scheckbuchdiplomatie“. Es geht um die Frage, was uns unsere Si-

cherheit und damit auch Verteidigungsfähigkeit wert ist, als Bundesrepublik, als EU und als NATO, und welche (Führungs-)Rolle Deutschland als eines der größten und wirtschaftlich stärksten Land Europas in beiden letztgenannten zu übernehmen bereit ist. Es geht um das Verhältnis der Deutschen zu Militär im Allgemeinen und zu unserer Bundeswehr im Besonderen. Nicht zuletzt geht es um Interessen, Überzeugungen und Wertefundamente und die Bereitschaft, diese zu formulieren, durchzusetzen und dafür einzustehen – notfalls eben auch militärisch. Spannende, ja vielleicht sogar epochale Zeiten, in denen wir uns zu Beginn der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts bewegen.

Wir werfen in dieser Ausgabe auf Seite 4 ein kleines Schlaglicht auf einen Teilaspekt der inneren Verfasstheit Europas. Denn auch bei aller Geschlossenheit nach außen, bleiben weiter innere Probleme, die noch nicht zufriedenstellend gelöst sind. Um Standortbestimmung und Wertefundament geht es auch bei einer Debatte, die kurz durch Äußerungen des Historikers Andreas Rödder Fahrt aufgenommen hatten, dann aber etwas versandete. Sollte die CDU das „C“ hinter sich lassen, fragen wir auf den Seiten 5 bis 6. Zu wieviel Feindschaft unterschiedliche Standpunkte in Fragen

der Genderdebatte führen können, beleuchtet Vorstandsmitglied Florian Greller in einem Gastbeitrag. Prädikat: lesenswert (Seite 7 – 11).

Unter all diesen Vorzeichen starten wir mit Dr. Bernd Althusmann in den Landtagswahlkampf. Fundament hierfür ist neben engagierten Köpfen ein tragfähiges Fundament in Form eines Regierungsprogramms, das einer Volkspartei würdig ist. Der gelungene Entwurf dazu liegt nun vor und darf bis zum Landesparteitag am 8. und 9. Juli in Lingen diskutiert werden. Auch die Anliegen der LSU finden darin breiteren Raum, was uns sehr freut (Seite 12). Ich wünsche Ihnen und Euch wie immer eine anregende Lektüre

Ihr und Euer

Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender
LSU in Niedersachsen





Foto: privat

Abschied von Kristian Willem Tangermann

Am 22. März verstarb überraschend Kristian Willem Tangermann im Alter von nur 45 Jahren. Er hinterlässt seine Frau Ina Brandes. Nach zahlreichen politischen Stationen wirkte Kristian Tangermann zuletzt als Bürgermeister der Gemeinde Lilienthal. Bei einer LSU-Veranstaltung vor der Kommunalwahl im vergangenen schilderte er noch, wie wichtig es sei, Brücken zu bauen und offen zu sein für die Sichtweise des Gegenübers. Er wird fehlen.



Foto: CDU in Niedersachsen

Althusmann führt die CDU in die Landtagswahl 2022

Jetzt ist es offiziell: Niedersachsens CDU-Vorsitzender **Bernd Althusmann** wird die Union in die diesjährige Landtagswahl führen. Ende März haben die Delegierten des kleinen Parteitags in Hannover Althusmann mit 100 Prozent Zustimmung offiziell als Spitzenkandidat bestätigt. Die Wahl findet am 9. Oktober statt. Wirtschaftsminister Althusmann fordert dabei den amtierenden Ministerpräsidenten Stephan Weil von der SPD heraus.



Foto: privat

CSD Hannover wird klimaneutral und politischer

„Alles bleibt anders“ lautet das Motto des diesjährigen Christopher Street Day (CSD) in Hannover. Die Veranstalter drücken mit diesem Spruch Kritik an der „neuen Normalität“ aus, die nun nach der Pandemie angebrochen sein soll. Gleich bleibt das Datum: Der CSD findet am Pfingstwochenende statt: Demo am 4. Juni, Straßenfest am 5. Juni. Neu ist: Auf der Demo gibt es keine Trucks. Beim diesmal eintägigen Straßenfest gibt's dafür ein extra Areal für die Politik.



Foto: LSU

Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):
Dr. Sven Alexander van der Wardt,
Vorsitzender LSU in Niedersachsen
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen
c/o Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover

Internet: www.lsu-niedersachsen.de
Facebook: @LSUinNiedersachsen
Instagram: @lsu_niedersachsen

Es herrscht wieder Krieg in Europa

Ist es ein Kampf um westliche Werte?

Seit Wochen herrscht nun schon ein völkerrechtswidriger Krieg, den der Aggressor Russland, unter der Führung seines Präsidenten Wladimir Putin, durch seinen Einmarsch in die Ukraine ausgelöst hat. Die Vorgeschichte dieser Invasion reicht weit hinter den 24. Februar 2022 zurück. Doch erst die an Brutalität stetig zunehmende russische Kriegsführung – aus Grosny und Aleppo leider sattem bekannt – seit der letzten Februarwoche hat zu der größten Fluchtbewegung seit dem Ende des zweiten Weltkrieges geführt. Über drei Millionen Menschen sind inzwischen aus Ihrer Heimat geflohen, die sogenannten Binnenflüchtlinge, die Schutz in den westlicher gelegenen Landesteilen der Ukraine suchen nicht mitgerechnet. Vor allem die Nachbarländer der Ukraine haben in einem Akt unglaublicher Solidarität hunderttausende Geflüchtete aufgenommen – allen voran Polen.

Der Angriff auf die Ukraine sei auch ein Angriff auf den Westen – zumal den europäischen – und seine Werte. Mit der Unterstützung der Ukraine, so wird argumentiert, leisteten wir somit auch einen Beitrag zur Verteidigung unserer Überzeugungen. Ich finde, dass dies unbedingt zutrifft. Deshalb schmerzte auch der Vorwurf des ukrainischen Präsidenten Selensky, es zeige sich, dass das „Nie wieder“ nur leere Worte seien, besonders.

Um unsere Werte ging und geht es aber nach wie vor ebenso bei den

Verstößen Polens und Ungarns gegen das europäische Rechtsstaatsprinzip. Das in Kraftsetzen eines erst durch diese Verstöße nötig gewordener Rechtsstaatsmechanismus, der auch vom niedersächsischen Landtag gefordert worden war, sollte hier seine disziplinierte



rende Wirkung entfalten. Inzwischen ist dieser Mechanismus in Kraft, eine juristische Beschwerde Polens dagegen wurde abgewiesen und Gelder aus dem Corona-Wiederaufbaufonds wurden gesperrt. An den Gegebenheiten in Polen hat sich allerdings bisher nichts geändert. Noch kurz vor Beginn des Ukraine-Krieges wurde eine Richterin, die europäisches Recht angewandt hatte, abgesetzt. Urteile sowohl des Luxemburger als auch des Straßburger Gerichtshofes werden nach wie vor ignoriert, die diszipli-

linarische Gängelung des Verfassungsgerichts wird fortgesetzt, LSBTI sehen sich nach wie vor Anfeindungen ausgesetzt. Dennoch sollen die gesperrten Corona-Gelder wohl zeitnah freigegeben werden. Sicher auch, um Polen bei der Bewältigung der menschlichen Katastrophe an seiner Ostgrenze zu unterstützen.

Um nicht missverstanden zu werden: Es ist unerlässlich, dass wir in Europa solidarisch zusammenstehen und der Ukraine, aber auch uns untereinander Beistand leisten, wo immer dies nötig und möglich ist. Der Krieg erfordert hier naturgemäß neue und flexible Handlungsweisen, Stichwort „Zeitenwende“. Wir dürfen aber auch nicht die Augen vor Diskrepanzen verschließen, die gleichsam von innen heraus ebenso auf das gemeinsame Wertefundament der Europäischen Union zielen. Jedenfalls dann nicht, wenn wir glaubhaft, überzeugend uns stark nach außen sein wollen. Ein schwieriger Spagat, für den es

ohne Frage keine einfache Lösung und nicht den idealen Zeitpunkt gibt. Wenn die aktuelle Situation jedoch eines ganz deutlich zeigt dann, dass wir als Europäer nur gemeinsam eine ernstzunehmende Stimme mit Gewicht in der Welt sein können, die dieses Gewicht auch für gemeinsame Interessen und Werte in die Waagschale werfen kann. Nur wenn wir stark im Innern sind, können wir auch stark nach außen sein. Und dies haben nicht nur die Menschen in der Ukraine wahrlich verdient.

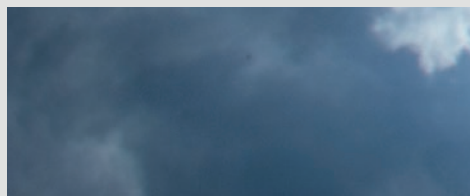
Das Kreuz mit dem C

Sollte die CDU das C hinter sich lassen?

Nach den Schrecken der Naziherrschaft kam es bereits 1945 zu ersten Gründungen der Christlich Demokratischen Union; auf dem ersten Bundesparteitag 1950 wurde schließlich die Bundespartei aus der Taufe gehoben. Vor dem Hintergrund der Naziherrschaft waren unterschiedliche Aspekte handlungsleitend: Bewusst entschied man sich



für die Bezeichnung „Union“ und nicht etwa „Partei“, der politische Gegensatz der konfessionellen Lager am Ende der Weimarer Republik sollte überwunden werden, da sich der Konservatismus durch sein Agieren zwischen 1919 und 1945 in Teilen selbst diskreditiert hatte, verstand man sich zudem als Kraft

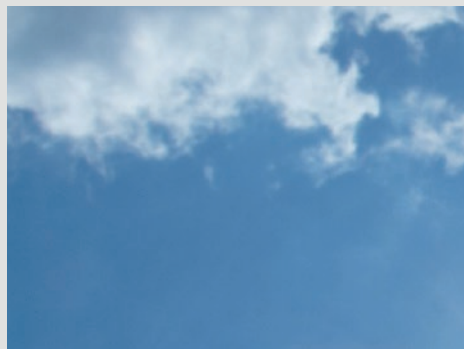


der Mitte und nicht als dezidiert konservative politische Gruppierung und mit der Betonung des „christlichen Menschenbildes“, gleichsam als verbindendes Element, sollte neben der Einigung der Konfessionen auch ein bewusst-

ter Kontrapunkt zum nationalsozialistischen Menschenbild gesetzt werden. Soweit, so bekannt; wenn auch ohne Anspruch auf Vollständigkeit.



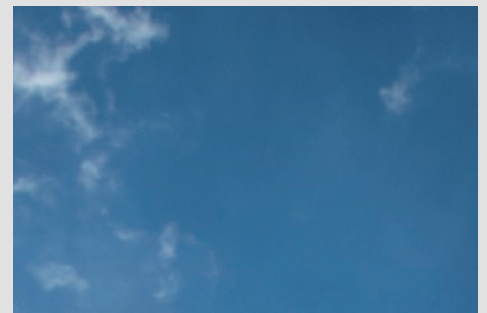
Auch wenn die beiden großen christlichen Konfessionen anfangs nicht unerheblichen Einfluss auf die CDU und ihre Politik hatten, bisweilen sogar Wahlkampf von



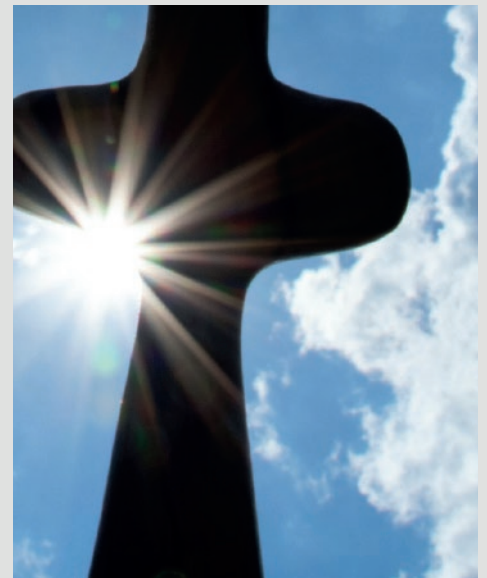
der Kanzel herab für sie betrieben, war sie nie die „Christenunion“, als die sie der SPIEGEL noch heute gern etwas verkürzend und zuspitzend bezeichnet. Politik aus den 10 Geboten heraus zu betreiben, war nie das erklärte Ziel der Union. Wohl aber sollte die Verpflichtung auf das christliche Menschenbild die Partei, je länger, desto mehr, anschlussfähig machen – auch und gerade für Konfessionslose oder Angehörige anderer Konfessionen.

Nun hat der Historiker und Gründer der liberal-konservativen „Denkfabrik 21“ Andreas Rödder, der zuletzt die Diskussion um das

„C“ im Parteinamen wieder angeregt, sicher recht in seiner Beurteilung, die Säkularisierung der Bundesrepublik sei seit 1950 immer stärker vorangeschritten. Auch die Zusammensetzung der bundesrepublikanischen Bevölkerung insgesamt, ist heute sicher einer ande-



re als vor 72 Jahren. Ist damit das „C“ tatsächlich obsolet? Ist es gar zu einer schier unüberwindlichen Hemmschwelle geworden, mit der wir uns quasi selbst im Wege stehen?



Ich denke, das Gegenteil ist der Fall. Nicht nur lassen erste wissenschaftliche Untersuchungen den Schluss zu, dass es, entgegen einer weiteren Annahme Rödders, gera-

de die Bezugnahme auf etwas Auß-erweltliches und Überzeitliches ist, das uns für muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger anschlussfähig macht. Vielmehr haben die „hohe Auffassung des Christentums von der Menschenwürde, vom Wert jedes einzelnen Menschen als Grundlage und Richtschnur (...) im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben“, was sich unter anderem im „Recht auf politische und religiöse Freiheit“, in „Rechts-sicherheit für jeden“, in freier Be-tätigung von Frauen und im Schutz von Minderheiten niederschlagen sollte, wie es bereits im Neheim-Hüstener Programm von 1946 heißt, von ihrer Aktualität verloren. Damit bleibt das „C“ so etwas wie der Glutkern der Union; Anspruch, Mahnung und Maßstab politischen Handelns zugleich – man könnte auch sagen: Der Stachel im Fleisch.

Das christliche Menschen-bild erinnert uns stets: Der Mensch ist fehlbar

Unser politisches System, hier vor allem die Art und Weise der Entscheidungsfindung, dient neben dem Ausgleich unterschiedlicher Interessen der Entschleunigung. Entscheidungen sollen eben nicht aus dem Affekt heraus und emotionsgeladen getroffen werden. (In einer, dank der sozialen Medien übermäßig affektgesteuerten Zeit ein gar nicht hoch genug zu veranschlagendes Ansinnen.) Auch hier ist der Kern im christlichen Menschenbild zu suchen, das eben darum weiß, dass Menschen und damit auch ihre Hervorbringungen fehlbar sind, keiner im Besitz der absoluten Wahrheit ist und dass Politik, als die Regelung menschlichen Zusammenlebens,

immer nur von den vorletzten Dingen handeln kann.

So mag denn das Wissen darum, wo viele unserer gemeinsamen Werte ihren Ursprung haben und wie sie Eingang in unsere politische Ordnung gefunden haben, tatsächlich abnehmen. Ihre Bedeutung und ihre Verteidigungswürdigkeit schmälert das in keiner Weise und es ist gut, dass wir als CDU uns weiterhin dazu bekennen – auch und gerade durch unseren Namen.



Die Union stellt das Verbindende über das Trennende und das C im Namen erinnert uns stets daran, dass der Mensch fehlbar ist und jede Entscheidung, die er trifft, auch eine falsche sein kann.

Bist du für mich oder gegen mich?

Der Regenbogen als Kampfplatz der Genderdebatte

Die Debatten zum Thema „Geschlecht“, sowie zur Reform des Transsexuellen Gesetzes, ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Jedes Maß an Vernunft, Anstand und gegenseitigem Respekt ist verloren gegangen. Viele Fragen werden gestellt, und bei nicht wenigen wird ein Bekenntnis über die vermeintlich richtige Meinung erwartet und vereinzelt gefordert. „Ist für dich Tessa Ganserer eine Frau oder nicht?“, ist beispielsweise einer dieser Fragen und es ist davon auszugehen, dass jede Antwort die Falsche sein kann. Eine sachliche Auseinandersetzung scheint derzeit nicht möglich und das Gegenseitige Nicht-Verstehen, ist die derzeitige Erkenntnis aus der Gemengelage.

Offensichtlich gibt es nur noch zwei Gruppen zu allen Themen, die derzeit den Regenbogen beschäftigen: TERF vs. TRAs / Pro oder Kontra Queer / Für das Selbstbestimmungsgesetz oder dagegen / Weltfrauentag oder FLINTA-Tag und so weiter. Der Regenbogen hat sich nicht nur verfärbt, er hat sich zunehmend in ein Tollhaus verwandelt. Die verschiedenen Farben könnten die Themen symbolisieren und der Bogen ist der Kampfplatz dafür. Längst haben sich Gruppen gebildet, die sich aktiv für eine Seite einsetzen und deren Agenda durchsetzen wollen. Schwule und Lesben fangen an, Queer vehement abzulehnen und bilden und organisieren sich neu. Für viele ist das nicht nachzuvollziehen und haben dafür kein Verständnis. Es würde sich für niemanden etwas ändern. Die jeweiligen Lager sind vollkommen unabhängig vom sozi-

alen oder politischen Background. Die sexuelle Orientierung oder das Geschlecht ist zudem irrelevant. Es finden die zusammen, die „Bubble“-konform sind.

Die Konfliktlinien in der Welt des Regenbogens und außerhalb nehmen kontinuierlich zu, und längst haben die Mainstreammedien das Thema für sich entdeckt und berichten darüber. In dem Moment, wenn ein Artikel veröffentlicht wird, melden sich sofort Befürworter:innen und Gegner:innen und stufen diesen Artikel bspw. in Trans- oder Frauenfeindlichkeit ein. Ein Dazwischen scheint es nicht zu geben, und die Feindbilder werden gepflegt. Im Sturm der Debatte befindet sich bspw. Alice Schwarzer, Georgine Kellermann, Tessa Ganserer und Sven Lehmann, seit dieser Queer-Beauftragter ist.

Weiterhin werden neue Begriffe kreiert. In diesen Tagen ist bspw. von „CIS-Schwulen“ und „Gender-Queeren“ zu lesen. Die Thematik ist für viele nicht mehr zu verstehen und nachzuvollziehen, und längst hat sich eine eigene Dynamik gebildet. Viele sind der Meinung, dass Twitter irrelevant ist. Der Autor ist anderer Ansicht und vertritt die Meinung, dass Twitter das meinungsprägende Medium ist und nicht wenig davon die reale Welt erreicht hat. Als Beispiel sei das Wort TERF genannt. Eine Abkürzung, die in Twitter geboren wurde und nun weltweit in den Medien zu lesen ist und selbst von Politiker:innen benutzt wird.

Vor Monaten erlebten wir den Beginn dieser Debatte, nun sind wir mittendrin, und wenn der Refe-

Ein Debattenbeitrag von Florian Greller



rentenentwurf zum Selbstbestimmungsgesetz der Ampelkoalition veröffentlicht wird, dann ist der Höhepunkt erreicht. Das Ergebnis wird Verlierer:innen zurücklassen, die dann um so mehr dagegen kämpfen werden. Anders ausgedrückt, das Ergebnis hinterlässt verbrannte Erde und die Spaltung ist vollzogen zum Nachteil aller.

Alles dreht sich scheinbar um die Frage: Sind Transfrauen auch Frauen?. Den Konflikt auf diese Frage zu reduzieren wäre aber zu einfach, denn längst geht es um mehr. Wie sieht in Zukunft das Geschlecht aus und wie wird es definiert? Sollten sich LGB von Queer und Sternchen trennen oder ist eine gemeinsame Zukunft möglich? Wie sieht die Reform des TSG (Transsexuellen Gesetz) aus. Ist das Selbstbestimmungsgesetz der richtige Weg?

Nachfolgend eine Auswahl an Themen, über die derzeit heftig gestritten wird:

DAS GESCHLECHT: Ist es ausschließlich biologisch, eine Identität?

tität oder gar ein soziales Konstrukt? CIS entwickelt sich mehr und mehr zum Unwort für alle Genderkritiker. CIS galt zunächst als Erklärungswort im Zusammenhang mit der Definition von Trans. Es hat sich dahingehend entwickelt, dass alle als CIS gelten, bei denen die Identität mit den körperlichen Merkmalen übereinstimmt. Genderkritiker:innen lehnen die Bezeichnung als CIS für sich selbst ab. Sie argumentieren, dass sie keine Identität sind. Sie wurden als Mann oder Frau geboren. Das Geschlecht wurde nicht zugewiesen, sondern aufgrund biologischen Merkmalen festgestellt. Vereinfacht ausgedrückt entbrennt die Frage daran, was das Geschlecht ist - biologisch oder eine Identität komplett unabhängig von der Biologie? Die Theorie, dass Geschlechter nichts anderes als soziale Konstrukte sind, gibt es schon länger. Angeheizt wird die Stimmung dadurch, dass nur eine Definition gelten soll, das Biologische oder die Identität. Es ist scheinbar nicht möglich, beides anzuerkennen. Kritiker:innen führen weiter an, dass durch die Logik des Identitätsgeschlechts auch die Homosexualität umgedeutet wird und stören sich massiv daran, dass die Geschlechtsdefinition geändert wird. Stereotypen würden forciert und werden nicht abgebaut. Für weitere Wut sorgt der Umstand, dass vermeintlich jede Diskussion zum Schweigen gebracht werden soll.

LGB VS. QUEER. „GayNot-Queer“ liest man immer öfters in den sozialen Netzwerken. Viele fragen sich, was es damit auf sich hat. Darauf aufbauend, was nun als Geschlecht gilt, ist der Streit

zwischen den Anhängern des biologischen Geschlechts und Anhängern des Identitätsgeschlechts entbrannt. Schwule und Lesben vertreten ihre Ansicht, dass es sich bei Homosexualität um eine sexuelle Orientierung handelt. Deren Grundlage ist das biologische Geschlecht, nicht ein Identitätsgeschlecht und erst recht nicht die Definition nach Queer Gender**. Sie machen Queer und deren Organisationen Vorwürfe, dass sie das Identitätsgeschlecht forcieren und vertreten. Durch dieses Handeln hätten sie jedes Recht dazu verwirkt, LGB zu vertreten, und daher wäre es wichtig, sich neu zu organisieren. Befürworter kontern, dass sich für LGB nichts ändert. Es gehe jetzt darum, für die Rechte von Trans- und Queeren Menschen zu kämpfen. LGB antwortet darauf, dass das nicht das Problem sei, sondern die Aufgabe des biologischen Geschlechts und wie für die Rechte gekämpft werde. Sie sprechen von Verrat. Davon, dass es Homosexualität nicht mehr geben wird durch die Aufgabe der biologischen Geschlechter.

WER ODER WAS IST QUEER?

Nicht wenige fragen sich das und lehnen daher das Label ab. Sie sehen darin nichts anderes als ein Sammelbecken für die Legitimation von Fetischen und immer neuen Sexualitäten, die sich unter dem Schutzschirm „Queer“ versammeln, um sich zu schützen. Ein weiteres Phänomen ist sichtbar und sorgt zusätzlich für Verärgerung: Heterosexuelle Menschen entdecken Sexualitäten für sich und freuen sich, dadurch Teil von Queer zu sein. Viele begrüßen das und freuen sich darüber, dass starre Muster aufgebrochen werden.

Andere wiederum sehen ihre aufgebauten Schutzräume bedroht, nachdem jede und jeder mit dem richtigen „Label“ sich Zutritt verschaffen kann.

HOMOPHOBIE 2.0? Für diese Frage ist es wichtig zu wissen, dass diese Diskussion ausschließlich in den sozialen Netzwerken geführt wird. Dennoch findet sie Erwähnung, weil viele darin den endgültigen Bruch innerhalb des Regenbogens sehen. Auf Twitter kocht die Diskussion regelmäßig hoch. Grund hierfür ist, dass es Individuen gibt, die insbesondere Lesben und Schwule verurteilen, wenn sie Nein zu transidenten Frauen und Männern sagen. Sie sagen, dass die Identität maßgeblich ist und nicht das biologische Geschlecht. Begriffe wie „Genitalfetischisten“ wurden verbreitet. Viele wendeten sich daraufhin ab. Der Begriff „Homophobie 2.0“ war geboren. Insbesondere lesbische Frauen (ein Teil) sehen sich genötigt Transfrauen zu begehren und verurteilen das auf schärfste. Dies Vorwurf wird vehement zurückgewiesen. Niemand werde zu irgendetwas genötigt. Es werden Lügen kreiert. In Wahrheit ginge es darum andere auszuschließen. Diese ganze Diskussion ist eigentlich völlig irrelevant. Niemand hat das Recht, andere zu verurteilen aufgrund seiner sexuellen Präferenz. Dafür wurde lange gekämpft. Abgewiesen zu werden stellt noch keine Diskriminierung dar auch wenn Gefühle verletzt werden. Eine unnötige Diskussion, die dazu führte, alles eskalieren zu lassen. In diesem Zusammenhang wurden wieder neue Begriffe verbreitet: „Same Sex Attracted“ und „Same Gender Attracted.“

TERF VS. TRAS. Zwei Gruppen haben sich gebildet in Bezug auf das Selbstbestimmungsgesetz. TERF auf der einen Seite und TRA auf der anderen. TERF („Transausschließender radikaler Feminismus“) sind Frauen und ihre Unterstützer:innen die das Gesetz kategorisch ablehnen. Auf der anderen Seite sind die TRA („Transradikaler Aktivismus). So werden die Befürworter:innen bezeichnet. Ob radikal oder nicht ist unerheblich. Genauso wenig spielt es eine Rolle, welchen Hintergrund er oder sie hat. Jede und jeder kann TERF oder TRA sein. Transfrauen und -Männer sehen sich mit einer massiven Gegenbewegung zum Selbstbestimmungsgesetz konfrontiert und realisieren, dass nicht wenige es kategorisch ablehnen und sich organisieren, um es zu verhindern. Sie klagen über Verunglimpfungen, Beleidigungen, das Absprechen von Frau- oder Mannsein und eine Ablehnung von Transmenschen generell. Frauen wiederum sehen sich einer beispiellosen Hasswelle gegenüber. Ihre Schutzräume werden aufgegeben und das Wort „Frau“ existiert in naher Zukunft nicht mehr. Die Hilflosigkeit nichts aufhalten zu können verstärkt die Wut.

Wer die Debatten verfolgt wird feststellen, dass TERF und TRA tatsächlich verwendet wird, den eigenen Hass auf die andere Gruppe zu legitimieren. Ein Zusammenkommen scheint derzeit absolut nicht möglich. Die Ampelkoalition hat keinerlei Interesse, dazu irgendeinen Kompromiss zu finden, um beide Seiten zu befrieden. Kritik daran wird abgeblockt. Zumindest einen Nenner gibt es: Nicht wenige sehen den Gesetzentwurf von

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verantwortlich für die Auseinandersetzung zur Reform des Transsexuellen Gesetzes. Einer der Vorwürfe ist, dass die Partei Vertreterinnen von Frauenrechtsorganisationen nicht eingebunden hat und Kritik an dem Gesetzesentwurf als Transfeindlich abgetan wird. Nun, so scheint es, müssen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liefern, alles andere wäre eine Riesen-Enttäuschung der Trans- und Queeren Gemeinschaft gegenüber. Kritiker:innen setzen nun große Hoffnungen auf das Bundesverfassungsgericht. Nicht wenige sind überzeugt, dass das Selbstbestimmungsgesetz nicht der Verfassung entspricht. Urteile des Bundesverfassungsgerichts sind aber eine wesentliche Argumentation für das Gesetz.

EMMA VS. TESSA GANSERER. Ein Artikel der EMMA eskalierte völlig. Dieser beschäftigte sich mit der Frage, ob es rechtmäßig sei, dass Tessa Ganserer einen Frauenquotenplatz beansprucht. Für viele ist die EMMA transfeindlich und für andere wiederum das „letzte“ Medium, das für die Frauen spricht und sich nicht einer vermeintlich „richtigen“ Meinung beugt. Nach der Veröffentlichung gab es Zahlreiche Solidaritätsbekundungen für Tessa Ganserer und die Frage, ob Tessa Ganserer eine Frau ist oder nicht, erhitzte die Gemüter. Die Diskussion ebte ziemlich schnell ab und beide Seiten sahen sich bestätigt bezüglich ihrer Meinung. Am Ende war es eine Vorwegnahme der Diskussion, was als Geschlecht gilt, das biologische oder die Identität. Einen wesentlichen Unterschied gab es aber dennoch: Diesmal „mischte“ die AfD in der Diskussion mit und

umgehend wurde der EMMA und allen Kritiker:innen der Vorwurf gemacht, rechte Ansichten zu vertreten. Umgehend kamen die Reaktion. Es sei eine Schande der demokratischen Parteien, dieses Thema der AfD zu überlassen. Der Vorwurf ist einzig und alleine Mittel zum Zweck jede Kritik zu unterbinden. Den Vorwurf der Transfeindlichkeit verbittet man sich. Es wäre nicht automatisch transfeindlich, die Biologie als Realität zu benennen und seine Meinung zu sagen. Als auch noch PersiaX, eine sehr erfolgreiche Transsexuellen-Youtuberin öffentlich verlautbarte, dass Tessa Ganserer keine Transfrau sei, war die Verwirrung komplett.

WELTFRAUENTAG VS. FLINTA* TAG. Große Aufregung herrschte am diesjährigen Weltfrauentag. Es wurde gefordert, diesen umzubenennen in den „FLINTA Tag“. Hintergrund ist, dass nicht „nur“ Frauen betroffen sind, sondern auch andere Gruppen von marginalisierter Gewalt. Viele reagierten empört und sehen sich darin bestätigt, dass das Wort „Frau“ aus dem Sprachgebrauch verschwindet und der Frauenhass keine Grenzen mehr kennt. Es dauerte nicht lange, und in den sozialen Netzwerken wurden Bilder von Auswahlmöglichkeiten in Bezug auf das Geschlecht verbreitet. Zur Auswahl gab es „FLINTA“ und Mann. Frau hingegen fehlte. Weiterhin wird kritisiert, dass es bereits Tage für diverse Gruppen gibt und es keinerlei Grund gibt, den Weltfrauentag zu ersetzen. Angeheizt wird der Streit durch Begrifflichkeiten wie „menstruierende Wesen“ oder Berichte über schwangere Männer.

NO DEBATE + CANCEL CULTURE VS. FREE SPEECH.

„No Debate is over“ ist ein allgemeines Credo und häufig zu lesen in den sozialen Netzwerken. Ursprung des Ganzen waren weltweite Bestrebungen, jede Diskussion zum Themenkomplex „Gender“ zu unterbinden und die Cancel Culture Debatte war entbrannt. Wie weit das der Wahrheit entspricht, ist nicht einfach zu beantworten. Längst gibt es aber Bestrebungen, der Cancel Culture entgegenzuwirken. Der Vorwurf, eine Debatte oder Diskussion sei nicht möglich stimmt nicht. Alleine schon die tausenden Tweets jeden Tag auf Twitter bestätigen dies. Eines gilt grundsätzlich: Wer seine Meinung öffentlich verkündet, die der muss die Reaktionen aushalten können und sich bewusst sein, dass es Konsequenzen haben kann. Nicht wenige Freundschaften zerbrechen daran.

PRO & CONTRA ZUM SELBSTBESTIMMUNGSGESETZ.

Alle erwarten den Höhepunkt der Diskussion, wenn der Referentenentwurf zum Selbstbestimmungsgesetz veröffentlicht wird. Das Selbstbestimmungsgesetz umfasst mehrere Bereiche, und jeder davon stellt einen eigenen Konflikt dar, wie z.B. die Rechtmäßigkeit des Offenbarungsverbot. Hintergrund ist die Abschaffung des Transsexuellen-Gesetzes und eine neue Regelung zur Anerkennung von transidenten Menschen. Der Hauptstreit betrifft aber nicht den Eintrag im Personenstandsregister als solches. Es geht darum, welche Konsequenzen es haben könnte, wenn sich jede und jeder per Sprechakt zum anderen Geschlecht erklären kann. Hauptsorge der Gegner:innen ist, dass Schutzräume für Frauen und

Mädchen obsolet werden, weil es keinerlei Maßnahmen gibt, einem möglichen Missbrauch vorzubeugen. Sie befürchten, dass sich Männer mit bösen Absichten Zugang zu den Schutzräumen erschleichen könnten und diese dadurch faktisch nicht mehr existieren. Befürworter:innen hingegen lehnen diese Argumente ab. Sie dienen als Vorwand, um Transfrauen grundsätzlich auszuschließen und in Wahrheit gehe es darum, dass sie als Frauen nicht anerkannt werden. Zudem sind auch Schutzräume für Transfrauen dringend erforderlich, weil sie genauso wie Frauen von Gewalt bedroht sind. Transmänner hingegen kommen in der ganzen Diskussion nicht vor.

Weitere Themen betreffen z.B. die Frage, ab wann der Einsatz von Pubertätsblockern gerechtfertigt ist oder bspw., ob Transfrauen einen körperlichen Vorteil gegenüber biologischen Frauen haben und ihre Teilnahme bei sportlichen Wettkämpfen unfair ist. „Hassgesetz“, Identität in das Grundgesetz, Änderung des Konversationsgesetzes sind die nächsten Vorhaben und Streit darüber ist vorprogrammiert.

Gerade in den sozialen Netzwerken tobt ein verbaler Krieg und die gegenseitige Verachtung steigt. Vereinzelte Forderungen werden laut, die andere Seite auszulöschen. Es bleibt nur zu hoffen, dass im realen Leben diese aufgestaute Wut nicht in körperliche Gewalt mündet. Die ersten fragen sich, wer Schuld hat. Schuld ist ein großes und mächtiges Wort und diese Frage kann derzeit nicht beantwortet werden. Die Bezeichnung „Entwicklung“ passt in diesem Zusammenhang besser. Die Situation hat sich entwickelt und jetzt, da viele

realisieren, was das für sie persönlich bedeutet, werden die Stimmen laut. Wer dennoch den Schuldigen sucht, der könnte Twitter als Verursacher ansehen und das Verhalten von Unterstützern. Bekannt auch als „Allys“. Twitter ist das Medium der Auseinandersetzung und ermöglicht erst diese Art von Diskussionen gespickt mit Hasssprache. Gerade Twitter zeigt die Rolle der Unterstützer auf. Persönlich betrifft sie das Thema nicht, sind weder Trans noch Feminist:innen. Sie verstehen die Thematik nicht und können noch nicht einmal die Grundbegriffe erklären. Vergreifen sie sich aber regelmäßig im Ton und heizen die Stimmung auf.

Es ist dringend Eile geboten, dass sich Menschen zusammenfinden, die an Lösungen interessiert sind und nicht einseitig ihre Agenda durchsetzen wollen. Vereinzelte Feminist:innen, Queere, LGB und Trans versuchen, die Mitte zu präsentieren und das Hervorzuheben, was wichtig ist, das Gemeinsame. Dies stellt sich aber zunehmend als schwierig heraus. Sie werden aufgegriffen in ihrem Einsatz zu versöhnen und Kompromisse aufzuzeigen. Beides wäre möglich, aber nicht in einer Stimmung, in der ausschließlich die Emotion und die Agenda zählt.

IST ES NICHT MÖGLICH KOMPROMISSE ZU FINDEN?

In Deutschland werden fast 300 Meter hohe Wolkenkratzer gebaut, Tunnel auf dem Grund der Ostsee gebaggert und neue Flughäfen eröffnet. Ist es so schwierig, Schutzräume so zu bauen, dass sie einerseits Schutzräume für alle bietet und andererseits Transmenschen das Leben in der Öffentlichkeit ermöglicht? Möglichkeiten gäbe es viele.

Unisex für alle und so eingerichtet, dass die Gefahr von Übergriffen nahezu ausgeschlossen wird. Zusätzliche Toiletten für biologische Frauen und Transfrauen als eigene Schutzräume in öffentlichen Anlagen. Es gäbe Lösungen, wenn der Wille da ist. Alleine schon die Grundfrage in der Diskussion ist falsch. Es stellt sich doch eher die Frage, was wir tun können, damit sich alle wohl fühlen und nicht nur ein Teil. Wir leben in Zeiten von Vielfalt. Warum konzentriert sich alles ausschließlich auf Mann und Frau? Warum kann es nicht mehrere offizielle Geschlechter geben. Das Wort Frau muss nicht durch FLINTA ersetzt werden. Warum kann es nicht einen Weltfrauentag geben und einen FLINTA Tag?

Der Artikel ist fertig geschrieben und schon bahnen sich die nächsten Aufreger an. Alice Schwarzer veröffentlicht ein Buch zum Thema Transsexualität und J.K. Rowling hat getwittert. Hoffen wir darauf, dass bald wieder Frieden einkehrt. Zumindest in der Welt des Regenbogens wäre es schön. Die Energie des Kampfes kann dort eingesetzt werden, wo es nötig ist, gegen rechts. Das zukünftige Bauen von sanitären Anlagen sollte dem nicht im Weg stehen.

***FLINTA:** Frauen, Lesben, Intersexuelle, Nicht-binäre, Transpersonen und Agender. Es gibt mehrere Definitionen und Hintergründe des Akronyms FLINTA. Eine einheitliche Definition hierüber gibt es nicht.

****Genderqueer:** Dies bedeutet, dass sich Menschen weder männlich noch weiblich lesen. Sie entziehen sich den binären Geschlechtern und der CIS-Heteronormativität. Eine einheitliche Definition hierüber gibt es aber nicht.

Vortrag: Der graue Regenbogen

Die queere Community ist in heller Aufregung und voller Erwartungen an die Ampel-Koalition. Nach Jahren des Rückstaus von queer-politischen Themen ist endlich Aufbruchstimmung zu spüren. Das Selbstbestimmungsgesetz und andere Vorhaben sollen umgesetzt werden, und scheinbar ist Queer in der westlichen Welt auch im Mainstream endgültig angekommen. Wer genauer hinsieht, wird aber feststellen, dass von einer euphorischen Stimmung bei nicht Wenigen nichts zu spüren ist. Gay / Lesbian not Queer ist immer öfter zu lesen und neue Organisationen haben sich gebildet, die ausdrücklich Trans nicht vertreten. Schwule und Lesben werfen Queer dagegen Verrat vor, und die Auseinandersetzungen zum Selbstbestimmungsgesetz nehmen zu. „Ich traue mich nichts mehr zu sagen“, hört man immer öfter aufgrund einer vermeintlich toxischen Stimmung. CIS / SuperGay / Crybully und viele andere Begriffe kommen hinzu. Nicht wenige sind überfordert und wenden sich ab. Die weltweit geführten Debatten zu Cancel Culture / Identität / Meinungsfreiheit sind ein wesentlicher Grund für die Verschärfung der Debatten, ebenso wie die „Rolle“ der sozialen Netzwerke. Dieser Vortrag zeigt die Konfliktlinien auf und beschreibt die wesentlichen Streitpunkte innerhalb der Community. Er gibt einen umfassenden Überblick sowie den Versuch einer Erklärung, warum die Stimmung so ist, wie sie ist. Weiterhin werden die wichtigsten Begriffe, neu hinzugekommene Organisationen sowie aktuelle Entwicklungen erläutert.



**6. Mai 2022 | 19:00 Uhr | Osnabrück
Haus der Jugend (Kleiner Saal), Große Gildewart
6-9, 49074
Eintritt: frei
Veranstaltet von Florian Greller
Anmeldung nicht erforderlich**

Neues aus Niedersachsen

Die CDU in Niedersachsen hat den Entwurf für das Regierungsprogramm 2022-2027 vorgelegt. Am 8. und 9. Juli wird der Landesparteitag final darüber entscheiden. Als LSU konnten wir einige unserer Forderungen platzieren:

Für uns steht dabei der Schutz von Minderheiten an erster Stelle. In unserer diversen Gesellschaft ist die Aufmerksamkeit für die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie Trans- und Intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) richtigerweise stark gewachsen.

Uns liegen diese Menschen sehr am Herzen – auch weil sie in ihrem Alltag noch immer häufig mit Diskriminierungs- und auch Gewalttaten konfrontiert sind. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, in denen die LSBTI-Gemeinschaft sicher und diskriminierungsfrei leben kann. Daher werden wir:

- Polizei und Staatsanwaltschaften für LSBTI-feindliche Gewalttaten sensibilisieren. Dazu gehört auch, dass ein vermeintlicher Opferschutz nicht zu Verschleierung der Motivlagen der Täter führt.
- die Arbeit der LSBTI-Ansprechpersonen bei der niedersächsischen Polizei sowie die Arbeit des Landespräventionsrates stärken und weiterentwickeln.
- die Aidshilfe Niedersachsen fördern und stärken. Diese bietet einen einfachen und zielgruppengerechten Zugang zu einem präventiven und aufklärerischen Gesundheitsschutz im Bereich der sexuell übertragbaren Krankheiten.
- der Diskriminierung und der Stigmatisierung von HIV-Positiven entschlossen entgegenwirken.
- im ländlichen Raum ein LSBTI-freundlicheres Umfeld schaffen. Durch die Einrichtung entsprechender Gruppen in Jugendzentren und Beratungsstellen in den Kreisstädten können alle Niedersachsen ins Gespräch kommen und gleichzeitig Vorbehalte abbauen. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen.

